



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

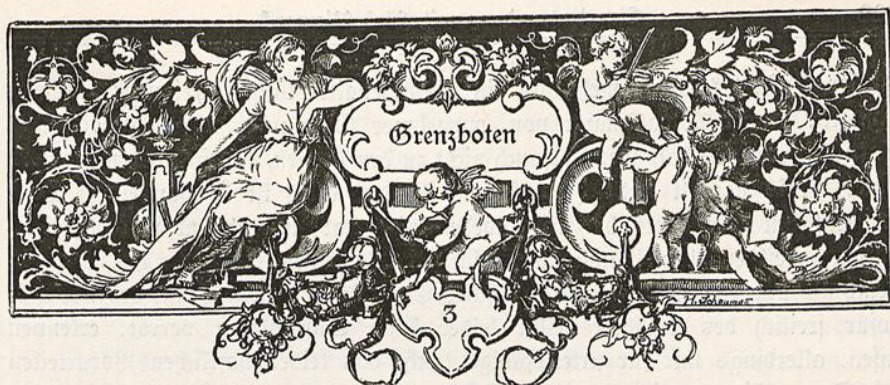
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Eine Unterredung mit Fürst Bismarck : zur Beurteilung der
Hohenlohischen Denkwürdigkeiten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Eine Unterredung mit Fürst Bismarck

Zur Beurteilung der Hohenlohschen Denkwürdigkeiten



edem Volke fällt es unendlich schwer, über einen nationalen Helden, den es gewissermaßen heroisiert hat, wie es sein gutes Recht ist, zu einem objektiven, wirklich historischen Urteil zu gelangen, und der großen Masse ist das überhaupt unmöglich; diese unterscheidet immer nur Schwarz und Weiß, sie fragt bei irgendeinem Konflikt, in den der Held geraten ist, nur: Wer von beiden hatte Recht oder Unrecht? Das ist jetzt bei dem Streit über Bismarcks Rücktritt, den die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe aufs neue entfesselt haben, wieder besonders grell hervorgetreten. *) Und in dem Eifer, angebliche Angriffe aufs Bismarcks Andenken abzuwehren und mit der Auffassung recht zu behalten, daß die Schuld der Katastrophe ganz und gar auf der Seite des Kaisers liege, daß der Gewaltige nur persönlichen Gründen und persönlicher Eifersucht habe weichen müssen, hat man das Andenken Hohenlohes mit Schmähungen überhäuft, ihn der Kleinlichkeit und der Indiskretion beschuldigt (worunter jeder immer das versteht, was ihm gerade unbequem ist), sich sogar immer nur mit den letzten Kapiteln der beiden starken Bände beschäftigt und darüber ganz vergessen, welches wertvolle Material für die Geschichte von beinahe acht Jahrzehnten überhaupt diese authentischen und zuverlässigen Aufzeichnungen eines Mannes bieten, der auf der Höhe des Lebens stehend an sich schon viel mehr erfahren konnte und erfuhr als ein anderer, und der nach gründlicher Vorbereitung auch im diplomatischen Dienst in mannigfachen Stellungen, als bayerischer Ministerpräsident in einer peinlichen Übergangszeit (1867 bis 1870), als Reichstagsabgeordneter (1870 bis 1874), als Botschafter des Deutschen Reichs auf dem schwierigsten Posten, in Paris (1874 bis 1885), als Statthalter von Elsaß-Lothringen (1885 bis 1894), endlich als Reichs-

*) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Im Auftrage des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst herausgegeben von Friedrich Curtius. 2 Bände zu VIII und 440, 566 Seiten mit fünf Bildnissen und einer Faksimilebeilage. Stuttgart und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt, 1907. Die Ausstattung ist vortrefflich.

kanzler (1894 bis 1901) mehr als ein Menschenalter lang sich immer als vor-
sichtigen, klugen Staatsmann von vornehmer Gefinnung und als deutschen
Patrioten erwiesen hat, wenn er auch nicht zu den großen, den führenden Geistern
seines Volks gezählt hat. Zum Lohne für das alles ist er von einem Teile
der deutschen Presse als herzlich unbedeutend geradezu verhöhnt worden. Und
warum? weil er über Bismarcks Entlassung Tatsachen mitgeteilt hat, die den
Bruch als unvermeidlich, als ein tragisches Ereignis im vollen Sinne des Wortes,
wofür freilich der Erzähler selbst leider keine Empfindung verrät, erkennen
lassen, allerdings nur für urteilsfähige, nicht von leidenschaftlichen Vorurteilen
und Sympathien voreingenommene Leser.

Die bekannte Tatsache, daß der Bruch wesentlich herbeigeführt worden ist
durch die Differenz in der Behandlung der sozialen Frage, wird von den
Memoiren lediglich bestätigt (vgl. besonders den Bericht Hohenlohes über eine
lange Unterredung mit dem Kaiser auf einer Jagdfahrt im Elsaß in der Nacht
vom 23. zum 24. April 1890, datiert Straßburg, 26. April, II, 467 ff.). Ohne
nun auf die Behauptung näher eingehen zu wollen, die Hans Delbrück im
Novemberheft der Preussischen Jahrbücher zuerst aufgestellt und im Dezember-
heft („Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung“) ausführlicher
verfochten hat, daß es sich dabei um nichts Geringeres als um die Beseitigung
des allgemeinen Wahlrechts durch einen Staatsstreich gehandelt, der Kaiser aber
sich diesem widersetzt habe, so halte ich es doch nicht für überflüssig, hier eine
Darstellung mitzuteilen, die mir Fürst Bismarck in Varzin am Nachmittage des
30. Oktober 1892 in seinem Arbeitszimmer ohne weitere Zeugen gab, und die
ich mir dann aus dem Gedächtnis heraus sofort aufgezeichnet habe (vgl.
Herbsttage in Varzin, Grenzboten 1892, IV, S. 380 f.). Ich kann natürlich nicht
für jedes einzelne Wort einstehen, aber die bekannte prägnante und drastische
Art des Fürsten, sich auszudrücken, pflegte sich sehr fest, unvergeßlich einzuprägen,
sodas ich für die Hauptsache bis auf den Wortlaut bürgen zu können glaube. Der
Fürst sprach in ruhigem, gleichmäßigem Redefluß, ohne Erregung zu verraten.

Ich hatte damals bei meinem Besuche von meinem Freunde Hans Grunow
den Auftrag mitgenommen, den Fürsten wieder für die Grenzboten zu interessieren,
die lange in Verbindung mit ihm gestanden hatten, diese Verbindung aber nicht
hatten behaupten können, vornehmlich wohl, weil sie eine Zeit lang eine von der
seinen verschiedene sozialpolitische Richtung einschlugen. Ich sagte ihm also, die
Grenzboten betrachteten die Sozialdemokratie als ein notwendiges Erzeugnis des
Kapitalismus und hielten die Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes
grundsätzlich für ebenso berechtigt wie seinerzeit die des dritten. Auf diese
theoretische Betrachtung ging der Fürst nicht weiter ein, sondern er faßte die
Frage sofort in ihren praktischen Konsequenzen. „Was ist sozialistisch?“ sagte er.
„Wenn der Unternehmergewinn unter ein gewisses Niveau herabsinkt, dann zieht
der Unternehmer sein Kapital eben zurück, schließt seine Fabrik und schneidet
Coupons. Die Sozialdemokratie will den Umsturz, ihre Führer fahren nun

einmal auf diesem Bahnstrange und streben nach der Herrschaft. Wenn sie die haben, werden sie alles umwerfen. Wer also einen geordneten Staat will, der muß die Sozialdemokratie bekämpfen. Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Sage verfahren: »Wer nicht will mitdeichen, muß weichen.« In Rom war aquae et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man müßte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. Soweit würde ich gegangen sein. Die sozialdemokratische Frage ist eine militärische. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie außerordentlich leichtsinnig. Die Sozialdemokratie strebt jetzt — und mit Erfolg — danach, die Unteroffiziere zu gewinnen; die Führer machen es jedem Sozialdemokraten zur Pflicht, zu bleiben, wenn er Unteroffizier werden kann. In Hamburg — ich kenne die dortigen Verhältnisse ganz genau — besteht jetzt schon ein guter Teil der Truppen aus Sozialdemokraten, denn die Leute dort haben das Recht, nur in die dortigen Bataillone einzutreten. Wie nun, wenn sich diese Truppen einmal weigern, auf ihre Väter und Brüder zu schießen, wie der Kaiser verlangt hat? Sollen wir dann die hannöverschen und mecklenburgischen Regimenter gegen Hamburg aufbieten? Dann haben wir dort etwas wie die Kommune in Paris. Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle nicht einmal »Kartätschenprinz« heißen, wie sein Großvater, und nicht gleich am Anfange seiner Regierung »bis an die Knöchel im Blute waten«. Ich sagte ihm damals: »Ew. Majestät werden noch viel tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen.« Nun hielt er mich künstlich fern.*) Darin bestärkte ihn der Großherzog von Baden, der das jetzt bitter bereut, und Bötticher, der zu weiter gar nichts da war, als dazu, meine Ansicht im Staatsministerium zur Geltung zu bringen. — Wie ich nun wieder nach Berlin kam (24. Januar 1890), zeigte mir der Kaiser den Entwurf zu den Arbeitererlassen**) (über eine Verständigung mit den großen Industriestaaten zum Wohle der Arbeiter). Wahrscheinlich hatte ihn Hinzpeter gemacht, denn es standen dieselben Dinge drin vom Kartätschenprinzen und vom Blutwaten; er war ganz unmöglich. Nun brachte ich dem Kaiser meine Reinschrift zu den Erlassen. Ich sagte

*) Den Zeitpunkt dieser Unterredung gab der Fürst nicht an; sie stand wohl irgendwie mit der Ministeritzung vom 24. Januar 1890 im Zusammenhange, die er mehrfach erwähnte, und die ihm offenbar besonders wichtig erschien. An diesem Tage hielt er kurz nach seiner Rückkehr aus Friedrichsruh eine Sitzung des Staatsministeriums ab, dann hatte er 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Vortrag beim Kaiser, den er hat, das Handelsministerium dem Freiherrn von Berlepsch zu übertragen, was am 31. Januar wirklich geschah. Von 6 bis 7 $\frac{3}{4}$ Uhr folgte ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers, der dabei seine Arbeitererlasse vorlegte, aber auf Bismarcks Widerstand stieß. S. Forst Kohl, Bismardregesten II, 495. Nach dem Zusammenhange der Erzählung des Reichskanzlers ist aber an diesem Tage für jene Unterredung kein Raum, sie muß eine Zeit vorher fallen, und doch war Bismarck vorher nur vom 9. bis zum 16. Oktober 1889 in Berlin und sah den Kaiser zuletzt am Nachmittage des 13. Oktober, wo er mit ihm eine längere Unterhaltung hatte (a. a. O. 491). Ist damals schon die Rede auf die soziale Frage gekommen?

**) Vermutlich bei dem Vortrage am Nachmittage des 24. Januar.

ihm: »Wenn ich Ew. Majestät raten darf, so werfen Sie das Papier ins Kaminfeuer.« »Nein nein, erwiderte er, geben Sie nur her«, und setzte seinen Namen darunter. Ich legte das Papier in meine Mappe und suchte die Veröffentlichung noch hinauszuschieben, aber zehn Tage nachher schickte er zu mir und ließ fragen, warum sie noch nicht publiziert seien, es sollte bis zum nächsten Morgen geschehen (4. Februar 1890). Welche traurigen Folgen das hatte, wissen Sie. (Gemeint sind die Reichstagswahlen vom 20. Februar.) Ich glaubte Unterstützung zu finden, indem ich die Berufung des Staatsrats (zum 14. Februar) und der nationalen Arbeiterschutskonferenz veranlaßte. Ich täuschte mich. Im Staatsrat (26. Februar bis 4. März), wo auch einige Arbeiter (vier) zugezogen waren, wagten nur wenige Vertreter der Industrie schwache Einwendungen, darunter der Vertreter von Krupp, ein Sachse, wie hieß er doch? — »Geheimrat Zentke«, warf ich ein —, die übrigen fürchteten vultum instantis tyranni und ließen mich im Stich. Unfre Konkurrenten aber, die Franzosen, Engländer und Belgier, konnten doch nur wünschen, daß wir konkurrenzunfähig würden.

Der Kaiser wollte sich überhaupt von mir trennen, wenn auch nicht so bald. Denn sein Ruhm wurde von meiner Existenz beschattet. Ich sah das wohl, aber ich hielt es für feig, davonzulaufen. Seitdem suchte er Handel mit mir. Er wollte die Kabinettsorder (vom 8. September 1852) über die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen aufheben. »Das können Ew. Majestät tun, sagte ich ihm, nur gibt es dann keinen Ministerpräsidenten mehr, und ich müßte zurücktreten.« »Sie setzen mich dadurch in eine Zwangslage.« »Durchaus nicht, Majestät können dann ja selbst das Präsidium übernehmen.« »Das sollte mir einfallen!«^{*)} Dann kamen die Verdyjschen Pläne für eine Umgestaltung der Armee,^{**)} dieselben, die heute wieder vorliegen; ich war dagegen."

Diese Darstellung des Fürsten gibt die genaue Parallele zu der Erzählung, die Hohenlohe aus dem Munde des Kaisers überliefert. Danach begann die Verstimmung schon im Dezember 1889, und es sieht dort so aus, als ob die Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler, in der die prinzipiellen Gegensätze in der sozialen Frage zum erstenmale scharf aufeinander stießen, in die nächstfolgende Zeit gehöre. Nur ist die von mir wiedergegebene Darstellung des Fürsten drastischer und wird noch gehoben durch das, was er über seinen Standpunkt und seine Absichten vorausschickte; jedenfalls hat er nach seinen eignen Worten gegenüber der Sozialdemokratie sehr weit gehen wollen, bis zur Anwendung militärischer Gewalt im Falle des Widerstandes. Von einem Staatsstreich sagte er allerdings kein Wort, aber auch darüber nicht, wie er sich die Durchführung seines Planes dachte, und es wäre ganz untunlich gewesen, ihn mit einer Frage zu unterbrechen. Vom Staatsrat freilich, wie Hohenlohe gehört haben will, hat der Kaiser die Erlasse nicht haben wollen, denn sie wurden schon am 4. Februar 1890

^{*)} Diese Unterredung war am 15. März, S. Kohn, Bismarckregeften II, 497.

^{**)} Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie.

publiziert, der Staatsrat erst zum 14. einberufen, sondern von dem Kronrat am 24. Januar; wenn Hohenlohe die Einladungen zur internationalen Arbeiterschutzkonferenz meint, die am 1. März ausgingen, dann hat er sich nicht klar ausgedrückt. Den Konflikt über die Kabinettsorder von 1852 erzählt er ausführlicher. Daß der Großherzog von Baden zu den Gegnern Bismarcks gehörte und auf dessen Rücktritt hingearbeitet habe, erwähnt Hohenlohe mehrmals, einmal nach dem, was ihm Bismarck selbst am 27. März davon gesagt hat (II, 465), ein andermal nach den Erklärungen des Großherzogs selbst (in Karlsruhe am 21. April, II, 466 f.). Beidemale war dieser der Ansicht, es habe sich bei dem Konflikt um eine Machtfrage gehandelt. Diesen Eindruck nahm aus einer Unterhaltung mit dem Großherzog auch König Albert von Sachsen mit hinweg, als er im Frühjahr 1890 auf der Rückreise von der Riviera in Karlsruhe vorsprach, um Näheres über die Katastrophe zu erfahren, und er faßte diesen Eindruck unmittelbar danach gegenüber einem hervorragenden Mitgliede seines Landtags in die Worte zusammen: „Ich habe mich überzeugt, der Kaiser konnte nicht anders, wenn er die Zügel in der Hand behalten wollte.“ Dieses Urteil eines so besonnenen, klarschauenden und erfahrenen Herrn und eines so aufrichtigen Bewunderers der Größe Bismarcks, von dem er einmal gesagt hat: „Er ist ein sehr großer Mann, denn er hat im vollsten Maße Maß gehalten“, könnte auch die Verehrer des eisernen Kanzlers beruhigen, die ihren Schmerz und Groll über seinen Sturz noch heute nicht verwunden haben. Ob freilich in der Behandlung der Sozialdemokratie Bismarck schließlich nicht Recht gehabt hat, das ist immer noch die Frage.

Leipzig

Otto Kaemmel



Russische Briefe

Von George Kleinow

4



ach vielem Zögern ist die russische Regierung wieder einmal an eine eingehende Prüfung der Polenfrage herangetreten. Diese Frage wurde immer akut, sobald Rußland irgendwie in Schwierigkeiten geriet. Es ist darum interessant und politisch wertvoll, sich einmal zu vergegenwärtigen, welche Stellung die Regierung, insbesondere der Zar in den verschiedenen kritischen Augenblicken den Polen gegenüber eingenommen hat. Das Herzogtum Warschau als Teilergebnis des Wiener Kongresses (1814 bis 1815) wurde Rußland zugesprochen. Unter der Benennung „Zartum Polen“ wurde es mit Rußland durch Realunion verbunden und erhielt am 27. November 1815 durch Kaiser Alexander den Ersten eine Konstitution.

Es muß hier bemerkt werden, daß Alexanders Absichten bezüglich Polens früher viel weiter gingen. Im Jahre 1811 fanden Verhandlungen mit Adam